

**16**  


---

**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 17. April 1975

## Weiter um jede Stimme kämpfen

Die CDU hat ihr wichtigstes Ziel bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein erreicht, erklärte Helmut Kohl nach einer Sitzung des Präsidiums am Montag in Bonn. Wir können unsere erfolgreiche Regierungsarbeit mit dem Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg und mit unserer Mannschaft in diesem Bundesland fortsetzen.

Unsere Hoffnungen auf eine Ausweitung unseres Anteils bei der Wählerschaft haben sich bei dieser Wahl nicht erfüllt. Dafür gibt es viele Gründe. Was wir als besonders positiv werten, ist, daß wir vor allem in städtischen Regionen — und das ist wichtig für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland — erhebliche neue Stimmengewinne erzielen konnten. Auch die Kommunalwahl Hildesheim am Sonntag hat diese Tendenz bestätigt. Aus all dem ergibt sich, daß allen anderen Behauptungen zum Trotz von einer Tendenzwende in der deutschen Politik keine Rede sein kann, daß wir mit guten Chancen in die Wahlentscheidung am 4. Mai in Düsseldorf und in Saarbrücken gehen.

Wir sind entschlossen, aus diesem Wahlsonntag vor allem mit viel kämpferischer Gesinnung hervorzugehen. Wir werden um jede Stimme in Stadt und Land in diesen beiden Bundesländern kämpfen.

### ■ AUSSENPOLITIK

Die Union ist besorgt über die ständig steigenden Spannungen in der Weltpolitik. Sie hat ihre Haltung gegenüber den Gefahren in elf Punkten zusammengefaßt.

Seite 5/6

### ■ WOHNUNGSBAU

Die SPD/FDP hat den Grundsatz des privaten Eigentums ver-lassen. Nicht anders können die jüngsten Initiativen in der Wohnungspolitik verstanden werden.

Seite 7/8

### ■ MATTHÖFER

Ein Bundesminister schadet dem Ansehen der Bundesrepublik und ist nach Ansicht der CDU/CSU für diesen Staat nicht mehr tragbar. Matthöfer sollte seinen Abschied nehmen.

Seite 11/12

### ■ WAHLGESETZ

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im neuen Bundeswahlgesetz erhebliche Verbesserungen erreicht. Wichtige Änderungen scheiterten jedoch an der SPD/FDP.

Seite 13

### ■ LANDTAGSWAHL

Die CDU hat in Schleswig-Holstein ihr wichtigstes Ziel erreicht: Die absolute Mehrheit. Prof. Dr. Werner Kaltefleiter analysiert das Wahlergebnis in der Dokumentation

## ■ INFORMATIONEN

### 10 178 neue Mitglieder für die CDU

Über 10 000 neue Mitglieder (10 178) konnte die CDU im vergangenen Monat begrüßen, teilte CDU-Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke mit. Als „besonders erfreulich“ bezeichnete es Bilke, daß „mehr als die Hälfte der Neuzugänge ihren Aufnahmeantrag in Nordrhein-Westfalen gestellt“ habe. Bilke wertete dies als „Zeichen der Sympathie für die nordrhein-westfälische CDU“ und als „gutes Omen für die Wahlen am 4. Mai im größten Bundesland“. Insgesamt verzeichnet die CDU jetzt 556 724 Mitglieder.

### Initiativentwurf der Union zum Rentenrecht

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Bundestag einen Initiativentwurf zum Rentenrecht eingebracht, der darauf zielt, allen pflichtversicherten Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit zu geben, zusätzlich zu den Pflichtbeiträgen freiwillige Beiträge zur Verbesserung des dynamischen Rentenanspruchs zu zahlen. Der CDU-Abgeordnete Götz wies darauf hin, daß die Rentengesetze von 1972 den Selbständigen und Hausfrauen beim Beitragsrecht eine größere Gestaltungsfreiheit gegeben hätten als den Pflichtversicherten. Selbständige und Hausfrauen können die Zahl und die Höhe der freiwilligen Beiträge frei wählen, dies auch für die zurückliegende Zeit bis 1956.

Nach dem Gesetzentwurf der CDU sollen künftig die Pflichtversicherten ihre Pflichtbeiträge freiwillig aufstocken können, und zwar jeweils bis zur Bei-

tragsbemessungsgrenze. Götz sagte auch, daß damit den Unternehmen, insbesondere den Klein- und Mittelbetrieben, die Möglichkeit eingeräumt werde, durch zusätzliche Beiträge ihren Arbeitnehmern im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung einen dynamischeren und zusätzlichen Rentenanspruch zu verschaffen.

### Die Jugendarbeitslosigkeit muß wirksam bekämpft werden

Die parlamentarische Behandlung duldet nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Hans Katzer, keinen Aufschub. Bereits im Januar hatte die Union ein Sofortprogramm vorgelegt, nach dem durch staatliche Prämien zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden sollen. Überdies sollen Jugendliche ohne Hauptschulabschluß durch Förderkurse die Voraussetzung für eine berufliche Qualifizierung erhalten. Es sei, so Katzer, ein unerträglicher Vorgang, daß sich der Bundestag bis heute noch nicht mit diesem Programm beschäftigt habe. Katzer fordert daher die Bildung eines gemeinsamen Unterausschusses der beteiligten Bundestagsausschüsse, der sich in Sondersitzungen des Problems der Jugendarbeitslosigkeit annehmen und bis Pfingsten zu einem Ergebnis kommen soll.

### CDU eindeutiger Sieger der Hildesheimer Neuwahl

Mit dem Gewinn einer absoluten Mehrheit von 25 Sitzen bei einem Zuwachs von 5,2 Prozent gegenüber 1974 gewann die CDU am Sonntag bei der Wiederholung der Kommunalwahl vom 9. Juni 1974 die Führung im Hildesheimer Rathaus. Mit einem Stimmenanteil von 53,4 Prozent (1974: 48,2) konnten

die Christdemokraten die meisten Stimmen auf sich vereinigen und stellen künftig auch den Bürgermeister. Die SPD — die bisher zusammen mit der FDP eine Koalition gebildet hatte — erhielt 20 und die FDP zwei Mandate. Die Neuwahl des Hildesheimer Stadtparlaments war notwendig geworden, nachdem am 9. Juni 1974 Fehler bei der Stimmauszählung, unterschiedliche Stimmzettelbewertungen und 56 verlorengegangene Stimmzettel festgestellt worden waren. Damals hatte die CDU 23 Sitze, die SPD 21 und die FDP drei Sitze errungen.

## Zonenrandgebiet von SPD/FDP links gelassen

Auf Antrag der SPD wurde im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages in einer Kampfabstimmung der Gesetzentwurf des Bundesrates über die Konjunkturpolitik im Zonenrandgebiet und in den strukturschwachen Gebieten (2. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, Drs. 7/499) abgesetzt. Die CDU/CSU hatte verlangt, daß der Gesetzentwurf behandelt wird, damit in regionaler und sektoraler Feinststeuerung das Zonenrandgebiet und die strukturschwachen Gebiete auch dann gefördert werden können, wenn in Ballungsgebieten eine Konjunkturdämpfung notwendig wird.

Bundesregierung und Koalition sind wenig glaubwürdig, wenn sie eine Verbesserung des konjunkturpolitischen Instrumentariums zugunsten des von der Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Zonenrandgebietes ablehnen. Die CDU/CSU wird sich weiter für die besonderen Nöte des Zonenrandgebietes einsetzen, auch wenn SPD und FDP dafür kein Verständnis zeigen.

## STICHWORTE

### 57 Prozent

*der Briten wollen nach einer Meinungsumfrage des Gallup-Instituts für den Verbleib Großbritanniens in der EG, 31 Prozent jedoch dagegen stimmen.*

### Ihre Genehmigung

*haben die drei alliierten Schutzmächte zum Aufbau eines Berufsbildungszentrums der Europäischen Gemeinschaft in West-Berlin erteilt.*

### Untersagt

*hat der sowjetzonale Staatssicherheitsdienst (SSD) die seelsorgerische Betreuung von Häftlingen in den Strafvollzugsanstalten der DDR.*

### Weiter bezahlen

*will die Firma Siemens künftig Mitarbeiter, die für eine der demokratischen Parteien der Bundesrepublik ein politisches Mandat ausüben und deshalb nicht mehr ihrer Arbeit nachgehen können.*

### Mit einer Anklage

*wegen uneidlicher Falschaussage im Zusammenhang mit der Affäre um den „Steglitzer Kreisel“ muß der zurückgetretene Berliner Finanzsenator Heinz Striek (SPD) nach Auskunft der Berliner Staatsanwaltschaft rechnen.*

### Die Vollbeschäftigung

*wird nach einer Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin nicht zurückgewonnen. Für den Jahresdurchschnitt sei mit einer Arbeitslosenquote von 4 Prozent zu rechnen.*

### Eine Erhöhung

*der Mehrwertsteuer hat Bundesfinanzminister Hans Apel (SPD) vor der Landespressekonferenz in Hamburg nicht mehr ausgeschlossen.*

## ■ VW

# Regierung darf nicht aus der Verantwortung entlassen werden

**Die tiefgreifende Existenzkrise des VW-Werkes wurde bis zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein wie ein Staatsgeheimnis gehütet und von den Regierungen stellen hinter verschlossenen Türen behandelt. Zwei Tage nach der Wahl muß zugegeben werden, daß allein im VW-Konzern bis spätestens Ende nächsten Jahres 25 000 Arbeitsplätze wegfallen. Verschwiegen wird dabei noch immer, daß diese Entscheidung auch den Verlust zusätzlicher Arbeitsplätze in vielen Zulieferbetrieben des VW-Werkes zur Folge hat. Diese Feststellung traf der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz-Josef Strauß, nach Bekanntwerden der Massenentlassungen.**

**A**lle Versuche, fuhr Strauß fort, die durch jahrelange Inflationspolitik herbeigeführte, noch ungebrochene schwere Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zu verharmlosen, werden durch die spektakuläre Entscheidung beim Volkswagenwerk als Täuschungsmanöver entlarvt.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Ernst Müller-Hermann, und der Abgeordnete Ferdi Breitbach erklärten dazu folgendes:

Die Massenentlassungen bei VW sind das Ergebnis politischer Einflußnahmen auf die unternehmerischen Entscheidungen

des VW-Konzerns durch den Aufsichtsrat, in dem der Bund, das Land Niedersachsen und die Gewerkschaften eine eindeutige Mehrheit haben. Der SPD-Einfluß im Aufsichtsrat ist somit beherrschend.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bedauert, daß diese Entscheidung, herbeigeführt durch die verfehlte Politik, offensichtlich unumgänglich geworden ist. Es ist bezeichnend, daß durch Einfluß der SPD-Mehrheit im Aufsichtsrat die Betroffenen erst nach den Wahlen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein vom Schicksal der Arbeitslosigkeit informiert worden sind. Die Versuche der Bundesregierung, die Verantwortung für diese Situation allein auf die früheren Vorstände oder gar die Union abzuwälzen, sind ein unverschämtes Wahlkampfmanöver.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, der Öffentlichkeit unverzüglich nachzuweisen, wo die Entscheidungen des Vorstandes im Aufsichtsrat nicht mitgetragen haben. Nur wenn der Bundesregierung dies gelingt, hat sie das Recht, von falschen unternehmerischen Entscheidungen zu sprechen.

Die CDU/CSU-Fraktion wird die Vorgänge beim VW-Konzern im Bundestag zur Sprache bringen.

Gegen die vom VW-Konzern beschlossenen Massenentlassungen hat der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger protestiert. Die Landesregierung nehme die Entscheidung „so nicht hin“. Die Entlassungen lägen „weit über jener Schwelle“, welche nach Auffassung der Landesregierung tragbar sei. Gleichzeitig gab Filbinger ein vorbereitetes Sofortprogramm der Landesregierung in Höhe von 65 Millionen DM aus Landesmitteln bekannt.

## INTERNATIONALE LAGE

# Klare Haltung der Union zu den Gefahren in der Welt

**Die Welt durchlebt zur Zeit eine Phase ständig steigender Spannungen. Erschreckende Meldungen aus Asien bedrücken jeden Tag aufs neue die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Millionen von Südvietnamesen leiden und befinden sich auf der Flucht. Diese Entwicklung hat Auswirkungen auf die Politik der Bundesrepublik. Doch wie diese Konsequenzen zu beurteilen sind, darüber gingen die Meinungen im Deutschen Bundestag bei der Debatte über die internationale Lage (9. 4. 1975) weit auseinander, vor allem innerhalb der SPD/FDP. Der inneren Zerrissenheit der Linkskoalition stellte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Karl Carstens, die einheitliche Haltung der Union in elf Punkten entgegen:**

① Wir sollten an die nordvietnamesische Regierung und an die Führung des Vietcongs appellieren, der menschlichen Tragödie, die sich in Vietnam abspielt, ein Ende zu bereiten, die Menschenleben der Zivilisten zu schonen, die Menschenrechte, die überall auf der Welt Geltung beanspruchen, zu respektieren.

② Wir sollten verstärkt, wo immer und wie immer es möglich ist, für die Menschen, die in Vietnam leiden, praktische Hilfe leisten, durch Geldzahlungen, durch Lebensmittelsendungen, durch

Medikamente oder ärztliche Versorgung und schließlich durch die Aufnahme von Flüchtlingen aus diesem Land.

③ Wir sollten im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft sofort die Bildung eines Hilfsfonds für Vietnam fordern und die entsprechenden Beratungen mit den Regierungen der anderen Mitgliedsstaaten unverzüglich aufnehmen.

④ Wir sollten an die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, an die Menschen in unserem Lande appellieren, sich durch private Aktionen an der Hilfe für Vietnam zu beteiligen. Ich möchte denen, die bereits praktische Hilfe geleistet haben, ausdrücklich herzlich dafür danken. Aber wir sollten an alle unsere Mitbürger appellieren, sich an dieser Hilfsaktion zu beteiligen.

⑤ Gegenüber den Staaten im Nahen Osten sollten wir eindringlich zum Ausdrück bringen, daß die Probleme dieses Raumes nur auf friedlichem Wege gelöst werden können und daß die Ansätze zu einer Lösung, die durch die Vermittlungsaktion des amerikanischen Außenministers gefunden worden waren, weiter verfolgt werden sollten.

⑥ Gegenüber der portugiesischen Regierung sollten wir uns mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die bevorstehenden Wahlen am 25. April dieses Jahres als freie Wahlen im Sinne unseres Demokratieverständnisses durchgeführt werden, daß alle Parteien, die sich um die Wählerstimmen bewerben, zugelas-

sen werden, und daß keine der Parteien durch Druck oder Drohung oder gar durch physische Gewalt an der Wahrnehmung der elementaren Rechte einer politischen Partei im Wahlkampf gehindert wird.

⑦ Wir sollten unsere Besorgnis über die Verhaftungswelle zum Ausdruck bringen, die über das Land Portugal nach den uns vorliegenden Berichten hereingebrochen ist.

⑧ Wir sollten uns nach unseren Kräften für die Erhaltung des Atlantischen Bündnisses einsetzen. Wir sollten den Vereinigten Staaten sagen, daß wir bereit sind, unseren Anteil innerhalb des Bündnisses für die gemeinsame Verteidigung zu leisten, und wir sollten ihnen sagen, daß wir das Vertrauen haben, daß die Vereinigten Staaten von Amerika wie bisher auch in Zukunft zu ihren Bündnisverpflichtungen stehen werden. Das vorgeschlagene NATO-Gipfeltreffen im Mai in Brüssel wird dann ein Mittel zur Stärkung des Bündnisses sein, wenn auf dieser Konferenz Sachentscheidungen, die dem Ernst der Lage entsprechen, getroffen werden.

## Einigung ist notwendig

⑨ Wir sollten die außerordentlich besorgniserregende Lage, in der die Welt sich zur Zeit befindet, dazu benutzen, um einen weiteren Schritt in Richtung auf einen engeren Zusammenschluß der europäischen Staaten zu tun. Niemals ist die Notwendigkeit einer europäischen Einigung deutlicher gewesen, als in den großen Krisen der Nachkriegszeit. Ich erinnere an die Jahre 1956, 1958, 1962.

⑩ Wir sollten in dieser Lage insbesondere auch die im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963 liegenden Möglichkeiten ausnutzen, um die

deutsche und die französische Position soweit wie nur möglich zu koordinieren. Dies soll und darf niemals als ein Schritt unternommen werden, der sich gegen andere europäische Partner richtet oder von dem andere europäische Partner ausgeschlossen werden sollten. Aber mir scheint, daß dieser Freundschaftsvertrag, den Konrad Adenauer und Charles de Gaulle im Jahre 1963 miteinander abschlossen, gerade in der gegenwärtigen Lage, in der sich Europa befindet, erneut seine große, weittragende Bedeutung zeigt.

## Was nützen Gipfeltreffen?

⑪ Zu der Genfer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa muß ernsthaft die Frage gestellt werden, ob die dort formulierten Prinzipien des Gewaltverzichts und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eine tragfähige Grundlage für eine dauerhafte Entspannung in Europa bilden, wenn es richtig sein sollte, daß die Sowjetunion in der geschilderten Weise gleichzeitig in massiver Form in die innenpolitische Auseinandersetzung in Portugal eingreift.

Was nützt es, so möchte ich fragen, wenn auf der für diesen Sommer ins Auge gefaßten gesamteuropäischen Gipfelkonferenz die Staats- und Regierungschefs aus Ost und West sich gegenseitig ihres Wohlverhaltens und ihrer wohlmeinenden Absichten versichern, wenn aber gleichzeitig, falls sich dies als richtig bestätigen sollte, die eine Seite dabei ist, an einer wichtigen Stelle die Verhältnisse in drastischer Weise zu ihren Gunsten und zum Nachteil der anderen Seite, das heißt, zum Nachteil der Prinzipien einer freiheitlichen, sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie zu verändern.

## SOZIALER WOHNUNGSBAU

# Die SPD/FDP hat den Grundsatz des privaten Eigentums verlassen

Wie es um die Wohnungsbaupolitik der Linkskoalition bestellt und was von ihr zu halten ist, darauf hat die Union in den vergangenen Wochen eine deutliche Antwort gegeben. Schon nach den Beratungen im Bundestagsausschuß für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen hatte der Abgeordnete Dr. Friedrich-Adolf Jahn die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegenüber den Absichten der SPD/FDP-Koalition formuliert (vergl. UID 11/75): „Die breite Streuung privaten Eigentums“, so der Parlamentarier, „wird als selbstständiges Ziel des Wohnungsbaus nicht mehr anerkannt.“ Die Linkskoalition habe die Maxime aus dem 2. Wohnungsbaugesetz, weite Kreise des Volkes durch Bildung von Einzeligentum mit dem Grund und Boden zu verbinden, verlassen.

In 2. und 3. Lesung beriet jetzt der Deutsche Bundestag (10. April 1975) über den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau (Drucksache 7/577) und über den Entwurf der Fraktion der CDU/CSU zur Vermögens- und Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau (Drucksache 7/294).

Während der Entwurf der CDU/CSU-Fraktion die ausschließliche Förderung echten persönlichen Eigentums (Fami-

lienheime und Eigentumswohnungen) vorsieht und den sozialschwachen Schichten unserer Bevölkerung den Erwerb von Eigentum im Wohnungsbau erleichtern will, wird im Regierungsentwurf neben diesen klassischen Eigentumsformen eine Förderungspräferenz zugunsten der sogenannten Wohnbesitzwohnungen begründet. Dieser neuen Rechtskonstruktion liegt folgender Gedankengang zugrunde:

Wohnbesitzwohnungen werden jeweils von einem Immobilienfonds erstellt, dessen Träger eine Wohnungsgesellschaft ist. Der Erwerber einer Wohnbesitzwohnung muß 15 Prozent der Gesamtkosten der Wohnung als Eigenkapital einzahlen und erhält dafür einen Wohnbesitzbrief.

Aufgrund des Wohnbesitzbriefes ist ihm eine vom Fonds erstellte Wohnung zuzuweisen, die grundsätzlich unkündbar ist. Außerdem ist er aufgrund des Wohnbesitzbriefes gesellschaftsrechtlich am Fondsvermögen beteiligt. Eine jährliche Verzinsung seiner Einlage bis zu 4 Prozent soll angestrebt werden. Nach vollständiger Tilgung der Fremdhypotheken (d. h. praktisch nach 30 bis 40 Jahren) sollen sich die Mieten verringern.

Die hauptsächlichsten Bedenken der CDU/CSU-Fraktion gegen das Wohnbesitzmodell beziehen sich auf folgende Regelungen:

● Trotz der Einzahlung des Eigenkapi-

tals bleibt der Wohnbesitzberechtigte nur Mieter; das sogenannte Dauermietrecht hat heute aufgrund der Mieterschutzgesetzgebung auch jeder andere Mieter, der kein Eigenkapital einzuzahlen braucht.

● Die Verzinsung der Einlage ist nur eine scheinbare Verzinsung; der Wohnbesitzberechtigte muß nämlich die volle Kostenmiete zahlen; in der Kostenmiete ist als Kostenbestandteil eine vierprozentige Verzinsung des Eigenkapitals enthalten. Er zahlt also die Verzinsung aus seiner linken Hosentasche in die rechte. Hinzu kommt, daß eine vierprozentige jährliche Verzinsung keineswegs garantiert ist, sondern sich danach richtet, ob entsprechend hohe Überschüsse erzielt werden.

## Risiko vergrößert sich

● Das Risiko des Wohnbesitzberechtigten ist größer als das eines gewöhnlichen Mieters. Bei Mietausfällen müssen die Wohnbesitzberechtigten kollektiv dafür einstehen, wenn sie eine Zwangsversteigerung seitens der Gläubiger vermeiden wollen.

● Der Wohnbesitzberechtigte, der seine Wohnung wechseln möchte, kann nicht wie ein normaler Mieter das Mietverhältnis kündigen, sondern erst dann, wenn er einen Käufer gefunden hat, der ihm den Wohnbesitz abkauft. Als Käufer kommen nur Personen in Frage, die im sozialen Wohnungsbau wohnberechtigt sind.

● Der erwähnte Entschuldungseffekt, der sich mietmindernd auswirken soll, ist fragwürdig, weil niemand voraussehen kann, welche Belastungen nach 30 bis 40 Jahren entstehen, die einer Mietminderung entgegenwirken.

Wem nutzt aber ein Gesetz, dessen Kernstück mit so schwerwiegenden

Mängeln behaftet ist? Die Antwort liegt auf der Hand: Die großen Wohnungsbaugesellschaften, denen in den konjunkturellen Wirren der letzten Jahre das Eigenkapital ausgegangen ist, erhalten die Möglichkeit, ihre Finanzierungslücke mit den Ersparnissen des „kleinen Mannes“ zu füllen. Der frühere, verpönte Name „Baukostenzuschuß“ ist allerdings vermieden worden. Aus all diesen Gründen und wegen der Tatsache, daß diese zweifelhafte Rechtskonstruktion von der Bundesregierung mit Förderungspräferenzen ausgestattet wurde, hat die CDU/CSU-Fraktion dem Gesetzentwurf der Bundesregierung in 3. Lesung nicht zugestimmt. Sie hält demgegenüber an ihrer Alternative (Drucksache 7/294) fest, die eine verstärkte Förderung von Familienheimen und Eigentumswohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus vorsieht.

Kernstück des CDU/CSU-Entwurfs ist eine Bestimmung, wonach denjenigen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation nicht dazu in der Lage sind, die Aufbringung des nötigen Eigenkapitals durch die Gewährung von öffentlichen Mitteln erleichtert werden soll, die längstens auf zehn Jahre zu zahlen sind.

## Eigentumsfeindliche Haltung

Die CDU/CSU-Fraktion ist der Auffassung, daß es einer Politik für den Bürger entspricht, wenn man ihm die Möglichkeit eröffnet, fehlendes Eigenkapital aufzubringen, und ihn dadurch in die Lage versetzt, Eigentum an Haus oder Wohnung zu bilden.

Die Ablehnung entsprechender Anträge der CDU/CSU durch Regierung und Koalition offenbart erneut die eigentumsfeindliche Grundhaltung sozialistischer Politik.

## ■ KOALITION

### Was Friderichs verschieben wollte

Wirtschaftsminister Hans Friderichs (FDP) hat die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute, die am 28. April programmgemäß ihr Frühjahrsgutachten bekanntgeben wollen, wissen lassen, daß der Termin „äußerst ungelegen“ sei und vorsichtig angefragt, ob die Veröffentlichung nicht verschoben werden könne. Der Grund: Er fürchtet, daß die Prognose schlechter ausfällt, als von der Regierung gewünscht und die Wahlen in Nordrhein-Westfalen am 4. Mai ungünstig beeinflussen könnte. Die Konjunkturforscher aber lehnten die diskrete Bitte des Ministers ab.

### Schmidt und der Staat

Ging der Bürger bislang von einer Aufgabenteilung zwischen Willy Brandt und Kanzler Schmidt aus — der eine Holz und der andere gibt sich staatsmännisch —, so wird er umdenken müssen. Kanzler Schmidt liegt das Holzen offenbar doch mehr. Beispiel: Nachdem dem SPD-Vorsitzenden durch eine einstweilige Verfügung die Behauptung untersagt worden war, der CSU-Vorsitzende habe die Bundesrepublik einen „Sautall“ genannt, warf sich Helmut Schmidt in die Brust und rief im schleswig-holsteinischen Wahlkampf jubelnden Genossen zu: dann werde er eben sagen, was über die angebliche Straußäußerung zu sagen verboten sei.

Ganz abgesehen davon, daß der Bundeskanzler ein merkwürdiges Rechtsverständnis an den Tag legt, wäre es vor allem an ihm gewesen, ein wenig Zurückhaltung zu üben. Schließlich war er

es, der die Hinterlassenschaft eines verstorbenen SPD-Kanzlers einen „Sautall“ genannt hat, den aufzuräumen wichtiger sei, als durch die Welt zu fahren. Im übrigen zielt sich Helmut Schmidt keineswegs, wenn es um die Bezeichnung dieses Staates geht. Im „Spiegel“ vom 21. Dezember 1970 nennt er das beim Namen, dem er heute vorsteht: „Es muß doch endlich mal beginnen mit der Autorität in diesem Scheißstaat.“

### Prominentes FDP-Mitglied trat jetzt der CDU bei

Der CDU zugewandt hat sich der populäre Oberbürgermeister der Stuttgarter Nachbarstadt Fellbach und ehemalige FDP-Politiker Guntram Palm. Palm, den Reinhold Maier 1959 in die FDP geholt und „eine politische Begabung, die mich auch für die FDP hoffen läßt“, genannt hatte, gehörte dem Landesvorstand der FDP und bis 1972 als FDP-Abgeordneter dem Landtag von Baden-Württemberg an. Schon 1971 wandte sich Palm, der sich noch 1966 für eine SPD/FDP-Koalition im Bundesland ausgesprochen hatte, von seiner Partei und ihrer bundespolitischen Linie ab. Er ließ sich nicht mehr für die Landtagswahl 1972 nominieren und legte alle Parteimandate nieder. Als Palm im Sommer 1974 die FDP öffentlich kritisierte, forderte ihn sein Kreisvorsitzender zum Austritt auf. Palm kam dieser Aufforderung Ende August 1974 nach.

### SPD-Linke will Haferkamp nicht

Gegen die Absicht Kühns, Wilhelm Haferkamp für den Fall eines SPD-Sieges als Minister nach Düsseldorf zu senden, haben die Linken das Feuer eröffnet, schreibt ein namhafter Bonner Informa-

tionsdienst. Sie wollen nicht „noch einen Godesberger“ in der NRW-Landespolitik, der ihnen ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen entzaubert. Haferkamp wird u. a. eine kürzliche Interview-Äußerung vorgeworfen, bei der er die Anti-Multi-Attacken mit dem Hinweis „man baut da einen Pappkameraden auf, der an allem schuld sein soll...“ entschärfen wollte. Auch seine Äußerung, daß die Sozialisierung kein Allheilmittel sei, da die Arbeitnehmer solcher Unternehmen es nicht besser hätten als in privaten Betrieben, stieß den Linken sauer auf.

## **SPD und DKP feiern gemeinsam**

Sozialdemokraten und Kommunisten wollen gemeinsam dafür werben, daß in der Bundesrepublik nach dem Beispiel der DDR der 8. Mai gefeiert wird. Dem „Ausschuß 30. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg“ gehören neben dem DKP-Präsidium-Mitglied Kurt Bachmann u. a. die SPD-Mitglieder Dr. Heinz Düx (Richter beim Oberlandesgericht Frankfurt), Professor Dr. Gerhard Stuby (Vorsitzender der Vereinigung demokratische Juristen), Bernt Engelmann (Schriftsteller) und Kurt-Hartwig Richter (Frankfurter Anwaltsbüro) an.

## **Ämterschacher**

Als es um das Amt des Wehrbeauftragten ging, legten ihm seine eigenen Koalitionsgenossen einen Stolperstein in den Weg; als Trostpflaster für seinen Durchfall gegen den auch von der Union anerkannten ehemaligen Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Berkhan, wurde er nun mit den Koalitionstimmen in das Amt des Vorsitzenden eines der wichtigsten Ausschüsse des Bundestages gehievt. Ge-

meint ist Werner Buchstaller (SPD). Die CDU/CSU-Mitglieder des Verteidigungsausschusses mochten diesen Ämterschacher der Linkskoalition nicht mitmachen und enthielten sich der Stimme. In einer Erklärung der CDU/CSU-Fraktion heißt es dazu: „Die SPD hat einen Kollegen vorgeschlagen, der für das Amt des Wehrbeauftragten nicht einmal das Vertrauen seiner eigenen Koalitionsfreunde erhalten hat. Sie wertete damit das Parlament und die Bedeutung des Verteidigungsausschusses ab und mißbrauchte ein wichtiges Amt des Staates. Die CDU sah sich außerstande, diese Mißachtung des Parlaments auch noch mit ihren Stimmen mitzuverantworten.“

## **„Neue Heimat“ sieht schwarz**

Die Sorgen der Union zur Wirtschaftslage werden gemeinhin von der SPD als „Krisengerede und Panikmache“ abgetan. Nun müssen sich die Sozialdemokraten klar darüber werden, wie sie die Feststellungen des SPD-Mitglieds und Chefs des größten Wohnungsbaukonzerns „Neue Heimat“, Albert Vietor, sprachlich verarbeiten. Er nämlich sieht für die Zukunft „sehr, sehr schwarz“. 400 000 Mietwohnungen und Eigenheime, daß sind doppelt so viele wie zur Zeit, werden seiner Meinung nach im Sommer leer stehen. „Viele Bundesbürger haben bei der derzeitigen Unsicherheit einfach nicht den Mut, sich eine Wohnung zu kaufen, oder in eine teurere Mietwohnung umzuziehen“, meinte Vietor in Hamburg. „Es wird noch viele Konkurse in allen Bereichen der Bauwirtschaft und auch bei Banken geben“, fuhr er fort. Von einem Silberstreif am Horizont, den Wohnungsbauminister Ravens zu sehen glaube, könne keine Rede sein.

## ■ MATTHÖFER

# Ein Bundesminister schadet dem Ansehen der Bundesrepublik

**Bundesminister Hans Matthöfer ist nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion untragbar geworden und soll seinen Abschied nehmen. Die SPD/FDP-Bundesregierung unter den Kanzlern Brandt und Schmidt hatte zwar schon immer eine wenig glückliche Hand in Fragen der Entwicklungshilfe, die Namen Eppler und Bahr sprechen für sich, aber den Höhepunkt in der falschen Behandlung eines fremden Staates durch die Bundesregierung leistete sich jetzt Hans Matthöfer, ehemals Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, heute Bundesminister für Forschung und Technologie.**

**E**r nannte die durch diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland verbundene Regierung in Chile eine „Mörderbande“ und verhinderte aus einseitigen politischen Motiven die Vergabe eines von ihm selbst 1973 zugesagten Kredits in Höhe von 45 Millionen DM an Chile.

Im November 1974 stand die Bundesregierung vor der Entscheidung, ob sie in der Rahmenplanung für die Kapitalhilfe 1975 Mittel an Chile vorsehen sollte. Die FDP-Minister Friderichs und Genscher setzten sich entschieden dafür ein, nicht zuletzt aus der Überlegung, durch deutsche Kapitalhilfe die inländische Rohstoffversorgung mit Kupfer aus Chile zu verbessern. Von der SPD-Frak-

tion des Bundestages war aber bereits eine Vorentscheidung getroffen worden: Sie hatte einen wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Boykott Chiles beschlossen. Prompt schwenkte die Bundesregierung auf den Kurs der SPD und damit den der Minister Bahr und Matthöfer ein: Chile erhält keine, noch nicht einmal die völkerrechtlich bereits zugesicherten Mittel.

Dazu sagte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer am 6. November 1974:

*„Die Sozialdemokraten treiben hier ein bemerkenswertes Doppelspiel. Während sie zur Beruhigung ihrer linken Anhängerschaft in Deutschland gegen jede finanzielle Unterstützung Chiles auftreten, hat das Entwicklungsministerium noch vor wenigen Wochen den deutschen Exekutivdirektor bei der Weltbank angewiesen, weiterer Kapitalhilfe an Chile zuzustimmen.“*

Bundesminister Matthöfer waren die Entscheidungen der SPD und des Kabinetts offenbar noch zu wenig. In einem Beitrag der scharf links stehenden Zeitschrift „konkret“ nannte er die Militärregierung in Chile eine „Mörderbande“ ... „ehrlose Lumpen, schmutzig bis in den letzten Winkel ihrer verrotteten und verlausten Seelen“.

Verlegen kommentierte Regierungssprecher Bölling diese Entgleisung des Ministers mit dem Hinweis, Matthöfer habe

seine persönliche Meinung geäußert und „*Könne nicht die ganze Regierung in die Pflicht nehmen*“. (dpa 4. April 1975.) Bundesaußenminister Genscher wurde am 10. April erheblich deutlicher: Gegenüber dem „Flensburger Tageblatt“ sagte er:

*„Wenn einzelne Mitglieder der Bundesregierung die verschiedenen Regierungen dieser Welt je nach ihrer persönlichen Auffassung so qualifizieren würden — dann könnte der Außenminister die Interessen der Bundesrepublik nach draußen nicht mehr angemessen vertreten.“*

Aber weder der Bundeskanzler noch sein Außenminister vermochten den Amoklauf ihres Kabinettskollegen Matthöfer zu stoppen — von Konsequenzen, wie sie die Opposition gefordert hatte, ganz zu schweigen. Daraufhin wies Dr. Todenhöfer dem Minister die wiederholte Irreführung der deutschen Öffentlichkeit nach.

Matthöfer erklärte in der Sendung „Bericht aus Bonn“ des Deutschen Fernsehens am 4. April 1975 wörtlich:

### **Erste Unwahrheit des Ministers Matthöfer**

*„Es handelt sich um eine Inaussichtstellung eines Kredits, nicht um eine verbindliche Zusage und schon gar nicht um eine völkerrechtlich verbindliche Zusage.“*

Diese Aussage Matthöfers ist unwahr. In einem Schreiben an den damaligen Finanzminister Schmidt vom 19. Juni 1973 setzte sich Matthöfer für eine schnelle Abwicklung des 45-Millionen-DM-Kredits an Chile mit den Worten ein: . . . es darf *„nach meiner Meinung nicht möglich sein, daß ein solcher politisch gefaßter und politisch im Ausland verkündeter Beschluß durch ver-*

*fahrensmäßige Verzögerung auf administrativer Ebene wieder in Frage gestellt wird“.*

Am 14. November 1973 fand eine gemeinsame Besprechung des Auswärtigen Amtes, des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums über die Kreditzusage an Allende statt. Dabei vertraten das Auswärtige Amt und das Wirtschaftsministerium die Auffassung, daß Matthöfer eine völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung eingegangen sei. Unabhängig davon, ob man die Ansicht teilt, daß Matthöfers Kreditversprechen sogar völkerrechtlichen Charakter hatte, ergibt sich daraus unzweideutig, daß Matthöfer den Kredit nicht nur „in Aussicht gestellt“, sondern verbindlich zugesagt hat.

### **Zweite Unwahrheit des Ministers Matthöfer**

In der gleichen Fernsehsendung erklärte Matthöfer auf die Frage, ob er die Zusage nicht nach dem Sturz Allendes im zuständigen Bundestagsausschuß wiederholt habe: *„Nein, das habe ich nicht.“*

Auch diese Aussage Matthöfers ist unwahr. Im Protokoll der Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 19. September 1973 — unterschrieben vom damaligen Ausschußvorsitzenden Brück (SPD) — heißt es wörtlich: *„Abg. Dr. Todenhöfer erklärt: Im vorliegenden Fall sei aber zu fragen, wann — ob vor oder nach dem Putsch — über das Schicksal des 45-Millionen-Kredits für 1973 entschieden worden ist. Der Staatssekretär erklärt dazu, die Zusage, diesen Kredit zu gewähren, gelte weiter; es seien allerdings vor der Auszahlung noch technische Hindernisse im Zusammenhang mit der Umschuldungsfrage zu überwinden.“*

## ■ BUNDESWAHLGESETZ

# Verbesserungen erreicht - wichtige Änderungen gescheitert

**Zahlreiche Ungereimtheiten bei der Stimmenaushählung im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Niedersachsen haben in der Vergangenheit den Bürger verunsichert und teilweise — wie beispielsweise in Hildesheim — zu Wahlwiederholungen geführt. Zum anderen sahen sich die Parteien bei der Bundestagswahl 1972 der Gründung von Scheinwohnsitzen gegenüber, die in der Absicht gegründet worden waren, den Wahlausgang trickreich zu beeinflussen. Diese Kommissionen hatten die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bewegt, über einen Gesetzesantrag in Zukunft Wahlen ein höchstmögliches Maß an Seriosität und Korrektheit zu sichern (vgl. UfD 40/74).**

In der 2. und 3. Lesung wurde jetzt die Änderung des Bundeswahlgesetzes mit teilweiser Neueinteilung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 1976 verabschiedet. Die CDU/CSU-Fraktion hat dem Gesetzentwurf zugestimmt, weil ein wesentlicher Teil Forderungen der CDU/CSU im Antrag betr. Sicherstellung korrekter Wahlergebnisse verwirklicht wird. Die Union hatte diesen Antrag im Anschluß an die Aufdeckung einer auffälligen Häufung von Zähl- und anderen Fehlern bei der Landtagswahl in Niedersachsen eingebracht. Bei der Beratung dieses Antrags im Innenausschuß konnte z. B. eine Prä-

zisierung des Wohnungsbegriffs erreicht werden, der künftig hoffentlich Manipulationen mit Scheinwohnsitzen zur Erschleichung des Wahlrechts ausschließt; ferner werden in die Wahlordnung zahlreiche Sicherungen eingebaut.

Kritisieren muß die Union, daß in drei anderen Punkten notwendige Lösungen am Widerstand der SPD/FDP-Mehrheit scheiterten:

① Nach der Bevölkerungsentwicklung hätte die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder im Verhältnis zwischen fünf Ländern geändert werden müssen. Die unabhängige Wahlkreiskommission hatte einen Lösungsvorschlag vorgelegt, der an parteiinternen Personalstreitigkeiten der SPD zu Fall kam.

② Aus den gleichen Gründen scheiterte die notwendige Anpassung der Wahlkreiseinteilung innerhalb mehrerer Länder — vor allem innerhalb des Landes Baden-Württemberg — an die neuen Kreisgrenzen aufgrund der Gebiets- und Verwaltungsreform.

③ Der Änderungsantrag der CDU/CSU sollte entsprechend einem einmütigen Beschluß des Bundestages vom 9. Juni 1972 Deutsche im Ausland soweit als möglich in das Wahlrecht zum Bundestag einbeziehen: Deutsche in Mitgliedsstaaten der EG unbeschränkt, in sonstigen ausländischen Staaten für fünf Jahre seit dem Wegzug aus der Bundesrepublik Deutschland. Auch diese Änderung hat die Linkskoalition verhindert.

## ■ BUNDESPARTEI

### Präsidium sprach mit dem Deutschen Sportbund und der DAG

Das Präsidium der CDU unter Leitung des Parteivorsitzenden Helmut Kohl und Vertreter des Präsidiums des Deutschen Sportbundes unter Führung seines Präsidenten, Willi Weyer, trafen im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn zu einem Meinungsaustausch zusammen (14. 4. 75). Dabei wurden grundsätzliche Fragen der Struktur und der Durchführung der Sportförderung diskutiert. CDU und DSB stimmten darin überein, daß die verstärkte Förderung des Spitzensports und das ausdrückliche Bekenntnis zum Leistungssport auch im nationalen Interesse liegen.

In den meisten Sachfragen herrschte zwischen den Gesprächspartnern Übereinstimmung. Das betrifft u. a.: die Vereinsförderung ohne staatliche Bevormundung, die Chancengleichheit der Vereine mit den Volkshochschulen, den Abbau des Förderungsgefälles zwischen den Bundesländern, die Anerkennung der Sportjugend und die Intensivierung der internationalen Sportbeziehungen nach Ost und West.

Die Vertreter des DSB betrachteten das Sportprogramm der CDU als gute Basis für eine enge Kooperation zwischen Sport und Politik. Diese Zusammenarbeit soll in Zukunft durch ein Gremium gewährleistet werden, das vom Vizepräsident des DSB, Graf Landsberg-Vellen, und dem Vorsitzenden des Bundes-

fachausschusses Sport der CDU, Dr. Hans Evers, MdB, federführend geleitet werden soll.

Das Gremium soll vorrangig die Anhörung des DSB bei Gesetzgebungsverfahren des Bundes für alle den Sport berührenden Fragen sicherstellen. Helmut Kohl nahm für das Präsidium der CDU eine Einladung des DSB-Präsidenten Willi Weyer zu einer Fortsetzung des Gesprächs an, das in absehbarer Zeit im Haus des Deutschen Sports in Frankfurt stattfinden wird.

Drei Tage zuvor war das Präsidium der CDU im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn unter Leitung des Parteivorsitzenden Helmut Kohl mit dem Bundesvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft unter Führung des DAG-Vorsitzenden Hermann Brandt zu einem Meinungsaustausch zusammengekommen.

Gegenstand der gemeinsamen Erörterung waren

- die allgemeine Wirtschaftslage,
- die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großunternehmen,
- die Reform der beruflichen Bildung,
- der Problemkreis Frau und Gesellschaft und
- die innere Sicherheit.

Das Gespräch verlief in einer freundlichen und aufgelockerten Atmosphäre. Übereinstimmung bestand insbesondere über die Notwendigkeit von Sofortmaßnahmen zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit und über die künftige Gestaltung der Eigentums politik.

Die Fragen der Mitbestimmung, der beruflichen Bildung sowie der Stellung der Frau in der Gesellschaft sollen in besonderen Experten-Kommissionen, bestehend aus je drei Vertretern der beiden Seiten, weiter erörtert werden.

## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

# Das aktuelle Angebot

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Inflation, Staatsschulden und Jugendarbeitslosigkeit, das sind nach wie vor die aktuellen Themen der politischen Auseinandersetzung, auch wenn SPD und FDP die Wähler glauben machen wollen, es habe sich alles zum Besseren gewendet. Wir stellen Ihnen hier noch einmal unser neues Material zu diesem Themenkreis vor, da es sich für Verteileraktionen, Straßencanvassing etc. im Augenblick besonders eignet.

### ● **Bildflugblatt zur Wirtschaftslage**

Mindestabnahme: 1 000 Exemplare  
Preis: 10,— DM je 1 000 Exemplare  
Bestellnummer: 1335

### ● **Textflugblatt zur Wirtschaftslage**

Mindestabnahme: 1 000 Exemplare  
Preis: 10,— DM je 1 000 Exemplare  
Bestellnummer: 1340

Beide Flugblätter haben den gleichen Text, sind jedoch unterschiedlich gestaltet. Das Bildflugblatt hat auf der Vorderseite, als Fragezeichen gestaltet, ein Bild von Schmidt: „Was nun, Herr Bundeskanzler?“ (Abbildung siehe UiD 13/1975).

### ● **Wandzeitung: Unsere Zukunft steht auf dem Spiel**

Mindestabnahme: 25 Exemplare  
Preis: 4,— DM je 25 Exemplare  
Bestellnummer: 7338  
Sie entspricht im Text dem Flugblatt zur Wirtschaftslage.

### ● **ADM-Broschüre: Arbeitslosigkeit, Inflation und Rezession**

Umfang: 8 Seiten  
Mindestabnahme: 25 Exemplare  
Preis: 0,11 DM pro Exemplar  
Bestellnummer: 5336  
Die Bilanz einer gescheiterten Politik der SPD/FDP-Regierung.

### ● **Argumentationskarte: Wirtschaftspolitik**

Umfang: 4 Seiten  
Mindestabnahme: 100 Exemplare  
Preis: 4,— DM pro 100 Exemplare  
Bestellnummer: 6337  
Alle Informationen für die Diskussion zum Thema Wirtschaftspolitik.

### ● **Flugblatt: Was sagt Franz Josef Strauß wirklich**

Mindestabnahme: 1 000 Exemplare  
Preis: 13,40 DM je 1 000 Exemplare  
Bestellnummer: 1341  
Aussagen von Franz Josef Strauß zu wichtigen politischen Fragen.

**Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1, Postfach 6666, Telex 933 753 isver v. d.**

Alle Preise verstehen sich inklusive Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

## ■ ZITAT

### Leber in der Zange

*Innerhalb von einer halben Woche geriet Verteidigungsminister Georg Leber in das Schußfeld seiner eigenen Partei und des Kommunismus von der anderen Seite.*

*Er hat die Amerikaner in Schutz genommen. Er hat in einem Zeitungsartikel aufgezeigt, daß das Debakel in Ostasien auch eine Folge des weltweiten Stimmungsdrucks gegen die Amerikaner war. Er hat die Naivität dieser Beschimpfungskampagne entlarvt und nach der Moral gefragt, die vor den Waffenlieferanten des Vietkong und Nordvietnams verstummt.*

*Deswegen sind die Jusos über Leber hergefallen. Deswegen haben sie ihn der „Verhöhnung des notleidenden vietnamesischen Volkes“ und der Unterstützung imperialistischer Politik bezichtigt. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ hat mit Verzugszünder nachgeschossen. „Der Antikommunismus ist seine Krankheit, die ihm die Sinne trübt“, heißt es in Ost-Berlin. „Die Moral des anständigen Menschen ist nicht die Moral des Herrn Leber...“*

*Dieser Überfall, der letztes Jahr in Moskau über Nato-Generalsekretär Luns niederging, ist ein unanständiges Stück; ein starkes aber ist das Schwei-*

### Anschrift:

*gen des Bundeskanzlers, der offensichtlich zu allem schweigt, was brennt — oder aber das Schweigen schon als Gnadenerweis begreift. Sieht er wirklich nicht, was der synchronisierte Volksfrontangriff auf Leber bedeutet?*

*Es muß ihm doch jemand die neuesten sowjetischen Pressestimmen auf den Tisch gelegt haben, in denen nicht nur die Fürsorge des Kreml für die sozial-liberale Koalition in Bonn ausgedrückt war, sondern auch die große Hoffnung auf die Krise der westlichen Militärbündnisse, die durch die großangelegte Entspannungspolitik möglich wurde. Kann er diese Gefahr nicht sehen wollen oder dürfen können, weil ihm Verträge oder Mehrheitsverhältnisse in seiner Partei den Blick getrübt haben? Wer jetzt Leber nicht verteidigt, weicht der Vertrauensfrage aus.*

*Eine intakte Bundeswehr und die Freundschaft mit einem starken Amerika, das ist hier und heute unsere Friedenschance — vor allem dann, wenn eine verbindliche und entschlossene Meinung zu erkennen ist.*

**Kölnische Rundschau, 9. April 1975**

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**UjD**